

Al. C.
Antisemitismus und Volksstaat

Terz. Düsseldorfs Stadtzeitung N° 70 / Januar 1999, S. 26 f.

Mit der erweiterten Neuauflage von Ulrich Enderwitz' *Antisemitismus und Volksstaat* bringt der ca ira-Verlag provokative und bisher kaum betonte Aspekte in die aktuelle Debatte um die „Vergangenheitsbewältigung“ ein. Der Antisemitismus und die planmäßige Vernichtung alles „Jüdischen“ wird hierbei als Konsequenz des deutschen Sonderweges dargestellt. Um nach 1871 den Vorsprung zu den anderen Ländern in der Nationenbildung aufzuholen, war ein Feindbild zur beschleunigenden Formierung des völkischen Einheitsstaates dringend nötig. Der Faschismus konnte dann nahtlos an diese rassistische Vorarbeit anknüpfen.

Antisemitischer Wahn als logische Konsequenz eines zu spät gekommenen kapitalistischen Staates? In der aktuellen linken Debatte um den deutschen Antisemitismus werden Enderwitz und ähnliche Argumentationen heftig angegriffen: Hinter strukturanalytischen und polit-ökonomischen Erklärungsansätzen für den nationalsozialistischen Antisemitismus verschwindet der reale Täter, was eine Relativierung des Antisemitismus bedeute. Die Autorinnengruppe von „Goldhagen und die deutsche Linke“ beispielsweise wirft dem „Wertformanalytiker“ Enderwitz die Dementierung der Existenz empirischer Täter und gar „Freispruch für die Vollstreckerinnen“ vor; bei seiner „Subjektivierung des Kapitals“ würde der antisemitische Vernichtungswahn ableitungslogisch objektiviert. Hierbei geht jedoch die emotionalisierte Kritik an ihrem Gegenstand vorbei: zum einen haben „die Freiburger“ um den ca ira-Verlag schon publizistisch in analytisch scharfer Form gegen den linken Antisemitismus interveniert, als viele deutsche Linksradikale davon noch gar „nichts wissen“ wollten und zum anderen versucht Enderwitz auf eine ganz andere Frage Antworten zu geben; nämlich auf die nach dem Zusammenhang von Antisemitismus und politischer Ökonomie in deutschen bürgerlichen Staaten. Dies ersetzt die Analysen von z. B. Poliakov oder Mosse genausowenig wie die Aufarbeitungen z. B. von Hillberg und anderen Historikerinnen. Enderwitz betont vielmehr, daß es ihm bei seiner Analyse gar nicht darum gehe, individuelle Schuld noch einmal zu belegen, sondern nach strukturellen Mechanismen zu suchen, die zu kollektivem, bestialischen Vernichtungswahn führen. Insofern ist seine Fragestellung radikaler und für die Linke angesichts aktueller politischer Debatten auch dringend notwendig: nämlich die strukturellen Voraussetzungen des Antisemitismus zu erkennen und zu bekämpfen, damit sich diese Entwicklungen niemals mehr wiederholen können. Und hierzu reicht der notwendige und detaillierte Nachweis des Geschehenen allein nicht aus, sondern es muß zugleich die Frage nach dem „warum“ gestellt werden.

In der Betrachtung des eigentlich unvorstellbaren Grauens des Geschehenen ist diese Frage wohl nicht vollständig zu beantworten und monokausale Erklärungsansätze verbieten sich hierbei auch. Enderwitz entwickelt dabei jedoch aus linker staatskritischer Sicht eine Fragestellung nach den politischen und ökonomische Voraussetzungen für die Tatsache, daß sich Wahnvorstellungen in eine massenpsychotische Vernichtungspraxis haben umsetzen lassen.

Antisemitismus, so Enderwitz, entspricht der reinen pathologischen Verdrängungsleistung und daraus resultierender Feindbildproduktion krisenbedrohter Subjekte, die eine greifbare Aggressionsableitung für ihre vermeintlichen oder realen Misereen benötigen. Dieser pathologische Kern des Antisemitismus sei daher auch nicht dadurch zu beheben, daß dem Antisemiten historisch und empirisch nachgewiesen wird, daß „nicht alle Juden“ wahlweise Geldeintreiber, Schmarotzer, Kommunisten, Liberalisten, Kindermörder usw. seien. Dieser Wirklichkeitsnachweis ist laut Enderwitz schon selbst eine Einlassung auf die Krankheit antisemitischen Verfolgungswahns: „Die Frage nach der empirischen Sachhaltigkeit ... dieser Anschuldigungen ... gehört als typisches Symptom zur Pathologie des Antisemitismus selbst.“ Wer je mit einem Antisemiten ein Gespräch über dessen Probleme mit Juden geführt hat, weiß, wie unmöglich eine „Heilung“ ohne ein Gespräch über die Gestörtheit des antisemitisch Argumentierenden selbst ist. Die Frage nach der empirischen Haltbarkeit antisemitischer Bilder nämlich „lenkt von der Tatsache ab, daß antisemitische Urteile per definitionem ihrer Vorurteilsstruktur nicht Reaktionen auf eine äußere, reale Erfahrung sind, sondern Projektionen eines inneren, intentionalen Konflikts, nicht empirisches Produkt eines Wahrnehmungs- und Erkenntnisprozesses, sondern symptomatischer Ausdruck eines Zwiespalts und Widerstands im wahrnehmenden und erkennenden Subjekt selbst.“

Enderwitz geht der Tradierung dieser antisemitischen Projektionen als historischer Dauererscheinung und deren Transformation in den faschistischen Staat nach. Er unterscheidet hierbei zwischen dem religiös geprägten Antijudaismus und dem europäischen Antisemitismus seit dem Mittelalter und der aufkommenden Moderne, zwischen denen er keinen eindeutigen konditionalen Zusammenhang sieht. Seine These ist vielmehr, daß der Antisemitismus europäischer Tradition „eine wesentlich politisch-ökonomische Bedeutung“ hat, bei der die Judenverfolgungen Projektionen von Konflikten sozialer Klassengegensätze und spezifischer Entwicklungssprünge zu neuen ökonomischen Machtverhältnissen darstellen. In seinen Untersuchungen der jeweiligen geschicht-

lichen Mechanismen dieser antisemitischen Projektionen beginnt Enderwitz mit den Anfängen der Lohnarbeit und der Entstehung des Kaufmanns- und Handelskapitals im Mittelalter. Jene politisch-ökonomische Umwälzung, die zur langsamen Entwicklung eines marktwirtschaftlichen Handelskapitals führte, beinhaltete den Prozeß der Wertverwandlung bäuerlicher und handwerklicher Arbeit als Ware in den aufkommenden Handelskapitalismus. Dieser Prozeß der neuen Wertbildung von Arbeit mit der Etablierung eines Handelsmarktes führte zu neuen Formen der Geld- und Zinswirtschaft, die als neuer Schauplatz der Kapitalakkumulation eine für die Kleinproduzentinnen sichtbar neue Form von Entwertung ihrer Arbeitsleistungen darstellen konnte. Von den Inhabern der feudalen Macht konnten die Juden als Sündenböcke für die entstehenden Pauperisierungsprozesse vorgeschoben werden. Sie besaßen keine gleichen Bürgerrechte und Arbeitsmöglichkeiten und waren zum Teil auf den Geldhandel als einziger Arbeitsmöglichkeit angewiesen. So waren es im feudalistischen Mittelalter daher die sog. „Burgjuden“, auf die sich – gefördert von der Propaganda der Bischöfe – periodisch der Haß der verblendeten Kleinproduzenten richtete. Anstatt gegen die feudale Obrigkeit zu rebellieren, die sie auspreßte, wurden die Juden als wehr- und rechtlose Opfer zum Objekt wiederkehrender Anfeindungen und Pogrome. Nach der Herausbildung einer protobürgerlichen Klasse, die sich vom fürstlichen Hof zu emanzipieren versuchte, entfaltete sich in der Herausbildung des Absolutismus ein konstitutives Bündnis zwischen fürstlicher Gewalt und handelskapitaler Macht. Die neue soziale Formation des Dritten Standes nutzt nun antisemitische Stimmungsmache gegen die sog. „Hofjuden“ zum Schutz gegen ein Aufbegehren gegen die eigene neue sozioökonomische Stellung in der Herausbildung des Finanzkapitals.

Während der Herausbildung der bürgerlichen Gesellschaft im 18. Jahrhundert durch den zur Bourgeoisie avancierten Dritten Stand verschwand für einige Zeit der Antisemitismus als Ersatz für reale Rebellionen. Die reale politische und ökonomische Macht des kapitalistischen Staates wird nun klar erkennbar und in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts beginnt eine kurze Zeit der sozialen Entlastung der Juden. Seit Mitte des letzten Jahrhunderts wird dann der obrigkeitstreue Junker-Staat selbst es, der die Juden als Projektionsebene für soziale Ressentiments in Haft nimmt. Da in Deutschland die Durchsetzung des Kapitalismus nicht zusammenfällt mit der revolutionären Durchsetzung liberaler Bürgerrechte, werden die Juden nun zum liberalen Feindbild eines sich autoritär gebärdenden zu spät gekommenen Staates des Kapitalismus.

Der neue Sündenbock des „Liberalitätsjuden“ muß nun als angefeindetes Ersatzobjekt für eine fehlende Liberalisierung des Staates herhalten. Enderwitz sieht in diesem strukturellen Wandel in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts den Schlüssel zum Verständnis des staatlich wiederaufgelegten Antisemitismus: „Je mehr der zum Volks-Staat sich mausernde starke Staat seinem funktionellen, mit der Figur des Liberalitätsjuden operierenden Antisemitismus die substantiell-effektiven Züge einer zum quasibiologisch-rassischen Abwehrverhalten hypostasierten Judenfeindschaft verleiht, umso stärker lud er das der liberalen Kapitalklientel vexierbildlich-warnend vorgehaltene Menetekel des Liberalitätsjuden zu einem panischen Schreckensbild und Gorgonenhaupt auf, dessen verhänglicher Nähe sich die Betroffenen durch die Flucht in schieren antiliberalistischen Untertanengeist und in den tadellosesten staatsbürgerlichen Konformismus zu entziehen bereit sind.“ Der faschistische Staat baute dieses Bild vom „inneren Feind“ im Zuge seiner expansiven Kriegswirtschaft aus auf die wahnhaftige Ideologie von „jüdischen Weltverschwörung“. Die Vernichtung von sechs Millionen Juden war daher nach Enderwitz pathologisch-„logische“ Konsequenz des faschistisch-expansionistischen Staates, der diese wahnsinnige Projektion für seine Massenmobilisierung geradezu brauchte.

Die Schlußfolgerungen von Enderwitz' Analysen sind eigentlich noch erschreckender als beispielsweise Goldhagens Aufarbeitungen von Hitlers willigen Vollstreckern. Denn in ihrer Konsequenz hinterlassen uns Enderwitz' strukturell-analytische Schlußfolgerungen die Frage, wo sich der bürgerlich-kapitalistische Staat der Gegenwart überhaupt nachvollziehbar und sichtbar von solchen Projektionen emanzipiert hat. Oder, konsequenter: wo sich die aufgeklärte Gesellschaft von der Zwangsgewalt des bürgerlichen Staates zu emanzipieren fähig ist.

Ulrich Enderwitz
Antisemitismus und Volksstaat
Zur Pathologie kapitalistischer Krisenbewältigung
 ça ira-Verlag, 2. erw. Auflage 1998